

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riesa,
Bismarckstr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontonr.
Tresden 1590.
Strokofer:
Riesa Nr. 52.

Nr. 81.

Donnerstag, 7. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbesug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Verzögerungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konten gerät. Zahlungen und Zahlungsart: Riesa, wöchentliches Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Verlagsamt und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Warum Hindenburg?

Die zweite Etappe von Deutschlands wichtiger Wahl steht unmittelbar bevor. Nachdem sich das deutsche Volk durch imponierende Stimmenzahl am 13. März für Hindenburg entschieden hat und nur wenig Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlten, ist es Ehrenpflicht jedes Deutschen, am 10. April wiederum an der Wahlurne zu erscheinen und seine Stimme für Hindenburg abzugeben. Jeder Hindenburg-Wähler hat darüber hinaus die Pflicht, die Säuglinge aufzurufen, die Unschlüssigen aufzuklären und die Gegner Hindenburgs von der guten Sache des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten zu überzeugen. Es kommt nicht nur darauf an, daß Hindenburg wieder Reichspräsident wird, denn dies steht schon heute fest, es kommt darauf an, die Stimmenzahl für den Treuhänder des deutschen Volkes beträchtlich zu erhöhen. Vast daher im Kreise eurer Angehörigen und Bekannten keine Wahlmüdigkeit aufkommen, denn jede nicht abgegebene Stimme für Hindenburg stärkt die Gegenkandidaten. Welchen Wert hat eine viel höhere Stimmenzahl für Hindenburg beim zweiten Wahlgang? Sie zeigt ihm, daß das deutsche Volk nicht vergessen hat, was er für es getan, sie gibt der deutschen Reichsregierung die Kraft, bei den wichtigen Konferenzen des kommenden Sommers die Lebensinteressen unseres Volkes mit größter Entschiedenheit zu vertreten, die darauf abzielen, Schluss zu machen mit den wahnwichtigen Forderungen Frankreichs und seiner Vasallenstaaten. — Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein deutsches Problem, hat doch Amerika 10 Millionen Arbeitslose, aber die Welt sieht mehr und mehr ein, daß die Reparationen in großem Maße daran schuld tragen, daß die Weltwirtschaft in Unordnung geriet.

Bei einem Wechsel in der Präsidentschaft würden die maßgebenden Staatsmänner des Auslandes, von dem wir leider politisch und wirtschaftlich fast abhängig sind, erneut Schwerekeiten machen. Die „Vereinhaltung“ des Versailler Vertrages, ein starkes Versäumnisargument unserer Tage, ist leider mit Gewalt nicht möglich. Hindenburg will die Welt davon überzeugen, daß Deutschlands Untergang den Untergang der zivilisierten Welt bedeutet, er will sein Volk einen, um unieren Bedrückern zu zeigen, daß Deutschland nicht länger genötigt ist, sich zum Spielball des Quai d'Orsay machen zu lassen. Müssen wir nicht anerkennen, daß ein Mensch von monumentaler Größe wie Hindenburg, den ein gutes Schicksal uns auch noch in dieser Welt am Leben erhält, einen weltgeschichtlichen Willen kundtut, wenn er sich wiederum seinem Volke als Reichspräsident zur Verfügung stellt? Wer das Ausland kennt, wie ich, der weiß, mit welcher Ehrfurcht man überall, selbst in Frankreich, von diesem großen und edlen Deutschen spricht. Ich sage dies: Alle deutschen Volksgenossen hinter diesem Manne, und es muß bergauf gehen!

Was den Versailler Vertrag angeht, so ist es nicht uninteressant, folgendes zu erwähnen: Am 10. Oktober 1931 hat Miller an den Reichskanzler Brüning einen „Offenen Brief“ veröffentlicht. In diesem Briefe ist es wörtlich: „Die jeder Vertrag, schaffe auch der Versailler Vertrag Lasten, die man innerlich ablehnen mag, die aber eine reale historische Wirklichkeit sind und damit Bedeutung besitzen. Ganz gleich, wie man sich zu den Bestimmungen der Staats- und Volksgrenzen, die in diesem Vertragwerk niedergelegt sind, im einzelnen stellen mag, ob man sie anerkennt oder ob man sie ablehnt, sie müssen zunächst als etwas Tatsächliches hingenommen werden.“ Wie es, deutsche Volksgenossen, in dieser Auffassung einen Unterschied in der Auffassung Hindenburgs über den Versailler Vertrag? Ich glaube nein! Warum also dann nicht Hindenburg? Dastet ihm die Treue, wie er sie euch hält, wüßt alle:

Hindenburg.

Dr. E. S.

„Die neue Regierung soll, wenn ihr auch Vertreter der Linksparteien nicht angehören, dennoch die besondere Pflicht haben, in gleicher Weise wie andere Staatennotwendigkeiten die berechtigten Interessen der deutschen Arbeitermassen zu wahren.“

Hindenburg

Der Eindruck des ersten Tages der Biermächtekonferenz. Deutschland und Italien gegen Frankreich.

Das Donau-Problem

London, 7. April.

Ueber die gestrige Besprechung in der Donaufrage wurde folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

Es wurde ein Ausschuss gebildet, der über die gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Donauländer sowie über die Art der für eine Lösung am besten geeigneten Maßnahmen zu berichten hat. Der Bericht soll heute erstattet werden. Die Vertreter der vier Mächte kamen weiterhin überein, einen kleinen Sachverständigenausschuss einzusetzen, der die durch den Sachverständigenbericht des Finanzausschusses des Völkerbundes angeschnittenen Fragen prüfen soll.

In unterrichteten deutschen Kreisen hat man von dem ersten Tag der Biermächtekonferenz den Eindruck gewonnen, daß die Verhandlungen noch kein klares Bild über den Gang der nächsten Tage abgezeichnet haben. Bei der Beurteilung der Sachlage müßte man sich vergegenwärtigen, daß man erst am Anfang einer ganzen Reihe von Erörterungen von akuten Problemen steht.

Von deutscher Seite wurde aber schon zur Sprache gebracht, daß man die Donaufrage nicht allein lösen kann, ohne die Weltwirtschaftskrise zu berücksichtigen.

Von maßgebender englischer Seite wird erklarend erklärt:

Man hatte zunächst einmal die allgemeinen Grundsätze erörtern. Ziel der Zusammenkunft der vier Großmächte ist, Maßnahmen zu finden, um die sogenannten Donauländer auf eigene Füße zu stellen.

In politischen Kreisen beschäftigt man sich selbstverständlich auch nach wie vor sehr stark mit Ratschlägen über den Inhalt der jüngsten Londoner Besprechungen MacDonaldis mit Tardieu. Es verlaute, daß im Laufe dieser Besprechungen keinerlei Abkommen über die Lausanner Konferenz getroffen wurden, ja es wird sogar betont, daß Lausanne bei den Besprechungen überhaupt nicht erwähnt worden ist.

London. Die Verhandlungen der Londoner Donaufreunde am Mittwoch haben damit geendet, daß der Optimismus, den MacDonaldis und die französischen Vertreter noch bis zum letzten Augenblick zur Schau trugen, gebämpft wurde, und daß deutscher und italienischerseits die Besprechungen pessimistisch beurteilt werden. Entgegen den Erwartungen ist die deutsche und italienische Abordnung von dem Inhalt der Besprechungen zwischen Tardieu und MacDonaldis nicht unterrichtet worden, und eine Besprechung der vorgesehene Programmpunkte ist ebenfalls nicht erfolgt. Man ist sich daher in Kreisen der deutschen Abordnung nicht darüber klar, in welchen Punkten eine Einigung zwischen England und Frankreich erzielt wurde, und man weiß auch nicht, ob in der Frage des Donauproblems und in welchem oder bis zu welchem Grade ein englisch-französisches Einvernehmen besteht.

In der Konferenz ergaben sich zwei Gruppen auf der einen Seite England und Frankreich, die sich hauptsächlich an der finanziellen Seite des Donauproblems interessieren

und sich im großen und ganzen schon über den Donaubund geeinigt hatten; auf der anderen Seite Deutschland und Italien, die rein wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund stellten. Italien gab zwar allgemein sein Einverständnis zu der Einführung des Vorzugszollsystems, erhob aber Einspruch dagegen, daß es lediglich auf die Donauländer ausgedehnt werden solle und verlangte die Einbeziehung der Großmächte in das System. Hierbei wies der italienische Vertreter auf die besonderen Interessen hin, die Italien als Nachbarkolonie Österreich-Ungarns habe und auf die Nachteile, die den Häfen Trium und Triest entstehen können. Er machte ferner Einwendungen gegen die gesamte Art des Vorgehens, wie es von Frankreich bei der Durchführung des Donauproblems geplant ist.

Der deutsche Vertreter wandte ein, daß die Donaufreunde für sich allein nicht lösbar sei, sondern in Verbindung mit den anderen Problemen betrachtet werden müsse. Er wies darauf hin, daß das Vorzugszollsystem für die Donauländer nicht die erwartete Erleichterung und die Lösung der Kaufkraft bringen würde, an der Deutschland interessiert sei. Dieses Verfahren würde keine Vorteile bringen. Die Verhandlungen über diesen Punkt nahmen eine sehr lange Zeit in Anspruch und waren außerordentlich lebhaft.

Von französischer Seite wurde im Verlauf der Verhandlungen die Anregung gebracht, daß die großen Staaten den Donauländern ihrerseits einseitige Vorzugszölle gewähren sollten.

Nach der Konferenz versetzen die Franzosen die Auffassung, daß es vielleicht möglich sein werde, Italien zum Einlenken zu bewegen, daß aber der Widerstand von Deutschland her wesentlich härter sei. Tatsächlich jedoch dürfte das Umgekehrte der Fall sein, denn Staatssekretär von Quilom erklärte, daß Deutschland an Opfern bereit sei, wenn hierdurch eine Wiederbelebung der Donauwirtschaft möglich erreicht werde. Die Franzosen werden der deutschen Abordnung vor, daß sie keinen Plan habe, und daß sie keinerlei Gegenvorschläge brachte, und erklärten, daß man nun auf einen bestimmten Plan Deutschlands zur Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in den Donauländern warten müsse.

England vertritt die Auffassung, daß alle bisherigen Schritte des Völkerbundes völlig zwecklos waren. Die meisten der vom Völkerbund entworfenen Berichte hätten zu keinen praktischen Maßnahmen geführt, weil sie niemals die richtige Stelle erreicht hätten. Der Leiter der englischen Politik legt daher den allergrößten Wert darauf, daß diese Konferenz ein greifbares Ergebnis, und sei es auch unabhängig vom Völkerbund, ergibt. Die Wirtschaftslage in den Donauländern sei derartig ernst, daß sofortige praktische Maßnahmen ergriffen werden müßten. Dementsprechend bringt er darauf, daß die Konferenz möglichst bis Donnerstag abend, sonst aber bis Freitag zu einem Abschluß kommt, der den Donauländern einen Anhalt für ihre weitere Politik gibt, so daß sie unter sich die Einzelheiten des Vorzugszollsystems besprechen können. Die zweite Donaufreunde soll dann sowohl von den Großmächten wie von den Donauländern beauftragt werden.

Bei der deutschen Abordnung nimmt man an, daß man sich vielleicht über eine Einigung einigen, aber eine endgültige Lösung nicht erzielen wird. Die Entwicklung werde vielmehr schrittweise vor sich gehen, wobei deutscherseits sehr stark darauf hingewiesen wird, daß der Völkerbundrat ein wesentliches Wort mitzusprechen haben werde.

Wahlkampf in Frankreich

Paris, 7. April.

Ministerpräsident Tardieu hielt gestern die angekündigte große politische Rede, die die Wahlkampagne einleitet. Außenpolitisch, führte Tardieu aus, sei die erste Aufgabe die Beschwörung einer Wiederholung des Krieges und die Organisierung des Friedens gewesen. Es gäbe zwei Arten zur Aufrechterhaltung des Friedens: wenn es an gegenseitigem Beistand fehle, müsse man auf der Freiheit in der Bemessung der eigenen nationalen Streitkräfte bestehen, oder aber man müsse den gegenseitigen Beistand organisieren, und dann könne man die Streitkräfte herabsetzen. Im April 1928 habe die Lage Frankreichs, äußerlich betrachtet, glänzend ausgesehen. In Wirklichkeit sei die Lage aber damals bedrohlich und heikel gewesen. Es mangelte dieser damaligen Lage von 1928 die Garantie der Dauer. Die Rheinlandbesetzung wäre 1935 zu Ende gegangen und bezog sich auch 1928 schon nur noch auf die dritte Zone, was nach Ansicht der

Marschalls Hoch die Belegung ihres größten Gebietes und ihres militärischen Wertes beraubte. Der Dawesplan sei auch nur eine vorübergehende Lösung gewesen.

In den Beziehungen zu Deutschland habe Frankreich ständig seinen Verständigungswillen bewiesen. Es habe dafür nicht immer Dank geerntet, und deshalb haben die französische Regierung und die Mehrheit des französischen Parlamentes — einschließlich der radikalen Opposition in diesem Falle — gewissen Theorien den Begriff des Vertrages und der Achtung der Unterchriften entgegengesetzt.

Warenhaussteuer bleibt bestehen

Berlin, 7. April.

Die Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer für Konsumgüter und Warenhäuser, die der Reichstag in einer Entschließung verlangt hatte, lehnt die Reichsregierung in ihrer Antwort auf diese Entschließung mit Rücksicht auf die Finanzlage ab.

Wählt Nr. 1 Hindenburg!

Ein Jeder erfülle seine Pflicht.